

# DIVESTMENT MÜNSTER

## INTERVIEW MIT TINE LANGKAMP, FOSSIL FREE DEUTSCHLAND UND OTTO REINERS, DIE GRÜNEN RATSFRAKTION MÜNSTER

In der letzten Ausgabe der SONNEN-ENERGIE wurde ausführlich über die Divestment-Bewegung berichtet. Divestment lebt nicht zuletzt von lokalem Engagement. Das Beispiel Münster, als erste deutsche Stadt deinvestiert Münster seine 22 Mio. Euro Pensionsfonds und schließt auch für die Zukunft Investitionen in den fossilen Sektor aus, ist vorbildlich. In dem Artikel wollen wir deshalb die Protagonisten zu Wort kommen lassen.

*Wie sind die Initiativen Fossil Free in Deutschland und in Münster entstanden und welche Ziele verfolgen sie?*

**Langkamp:** 2012 absolvierte ich in den USA ein Praktikum bei der Organisation 350.org. Ich war beeindruckt von der dort gestarteten Fossil Free Kampagne, welche die fossile Brennstoffindustrie als Ganze anging. Zurück in Deutschland begann ich 2013 zu dem Thema zu recherchieren. Ich wollte herausfinden, ob der Divestment-Ansatz auch hier funktionieren könnte. Dann wandte ich mich an die Studierendeninitiative „Wirtschaft und Umwelt“ der Uni Münster und fragte, ob sie eine Fossil Free Kampagne in Münster unterstützen würden. Ein Infoabend mit dem Film „Do the Math“ bildete den Startschuss der Kampagne in Münster. Gleichzeitig wurde von 350.org eine Stelle für den Aufbau von Fossil Free Deutschland ausgeschrieben auf die ich mich bewarb. Somit bauen wir seit 2013 die Kampagne in Deutschland auf. Heute sind wir 15 Mitarbeiter in ganz Europa.

*Warum wurden die Universität, die Stadt Münster und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe angesprochen?*

**Langkamp:** Die ein Jahr vorher gestartete Kampagne in den USA hatte erfolgreich Städte und Universitäten angesprochen. So recherchierten wir hier und fanden heraus, dass die Universität 1,3 Mio. € in einem Stiftungsfonds ohne Ausschlusskriterien für fossile Anlagen besitzt. Entsprechendes traf für den Pensionsfonds der Stadt Münster zu. Beim Landschaftsverband fanden wir heraus, dass dieser ein großes Aktienpaket bei RWE besitzt.

*Wie konnte der Ratsbeschluss über Parteigrenzen hinweg herbeigeführt werden?*

**Reiners:** Im Herbst 2014 hatten wir Grünen mit der SPD eine Prüfung vereinbart, wie die vorhandenen Pensionsfonds umgeschichtet werden können, um ethische und ökologische Kriterien zu berücksichtigen. Im Zuge der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2015 (Dezember 2014) haben wir dann beantragt, dass das Amt für Finanzen und Beteiligungen der Stadt Münster die Anlagerichtlinie für Kapitalanlagen überarbeitet. Der auf unsere Initiative gestellte Antrag zur Modifikation der Anlagerichtlinien wurde seinerzeit mit dem Stimmen von SPD, Linke und Piraten/ÖDP beschlossen. Die Verwaltung hat daraufhin mit der Vorlage „Nachhaltige städtische Finanzanlagen – Neufassung der städtischen Anlagerichtlinie“ (V/663/2015/E1) die neue Richtlinie für Kapitalanlagen der Stadt Münster vorgelegt, die die beantragten Mindeststandards berücksichtigte. Diese Vorlage wurde im November 2015 mit den Stimmen von uns Grünen, SPD, Linke und Piraten/ÖDP beschlossen.

Die Stadt Münster hat mit diesem Beschluss eine Vorreiter- und Vorbildfunktion in Deutschland eingenommen.

*Was hat der Ratsbeschluss bisher bei den städtischen Finanzanlagen bewirkt? Wo wird jetzt nach ökologischen und ethischen Kriterien investiert?*

**Reiners:** Seit dem 01.04.2016 sind die beiden städtischen Fonds nach den Kriterien der Anlagerichtlinie umgestellt. Bei den beiden Pensionsfonds handelt es sich um den Westfälischen Versorgungs-Rücklage-Fonds (WVR-Fonds) und den Versorgungs- und Sanierungs-Fonds Münster (VUS-Fonds). An dem WVR-Fonds sind mit der Stadt Münster insgesamt sechs weitere Städte beteiligt. Alle beteiligten Städte haben sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, dass für den Fonds ein Nachhaltigkeitsbenchmark zugrunde gelegt wird, die das Aktienuniversum für das Fondsmagagement eingrenzt. Bei dem Nachhaltigkeitsbenchmark handelt es sich um den Euro Stoxx Sustainability ex AGTAFa, der den weltweit weitestgehenden Nachhaltigkeitsansatz aller Euro Stoxx Sust ex

### Richtlinie für Kapitalanlagen der Stadt Münster vom 04.11.2015 – Anlagerichtlinie

...

#### 2) Anlagegrundsätze

Für alle Kapitalanlagen, bei denen die Stadt Münster direkt oder indirekt eine (Mit-)Eigentümerposition an Unternehmen aufbaut (z.B. durch Erwerb von Aktien), gilt der Grundsatz der Nachhaltigkeit im Sinne der Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (sogenannte „Brundtland-Kommission“). In der konkreten Umsetzung Anlage zur Vorlage V/0663/2015 bedeutet das die folgenden Mindeststandards für ein städtisches Engagement im Rahmen solcher Kapitalanlagen:

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die auf Atomenergie oder

nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen,

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Schiefergasgewinnung (sogenanntes „Fracking“) betreiben.

Mittelfristig sind folgende weitergehende ethische Grundsätze anzustreben:

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika durchführen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden sind.

Diese Anlagerichtlinie tritt zum 01.01.2016 in Kraft. (Beschluss Haupt- und Finanzausschuss v. 04.11.2015)

AGTAFAs verfolgt. Auch der VUS-Fonds wird einem Nachhaltigkeitsrating unterworfen. Zudem ist aktuell geplant für beide Fonds ein Fossil Fuel-Screening bzw. CO<sub>2</sub>-Screening durchzuführen.

*Wie stellen sich die Universität und der Landschaftsverband zu einer Divestment-Verpflichtung? Warum gibt es Widerstände und Hemmnisse?*

**Langkamp:** Im Landschaftsverband wollten die Grünen Anfang 2016 einen Divestment-Antrag einbringen. Es gab in den Mehrheitsparteien große Widerstände wegen unklarer finanzieller Folgen. Wir mutmaßen, dass die Politiker auch eine Signalwirkung auf das Ruhrgebiet befürchten, wenn RWE-Aktien verkauft würden. Der Antrag wurde zurückgezogen, aber es wurde bekundet, den Ausstieg aus der Beteiligungsgesellschaft KEB, die die Verwaltung der RWE-Aktien für Kommunen betreibt, zu prüfen. Bei der Universität wurde bislang keine Gesprächsbereitschaft für die Beteiligung an der Kampagne bekundet. Es gibt aber positive Signale von anderen Universitäten, z.B. Freiburg.

*Welche Bedeutung hat ein solcher Beschluss des Rates der Stadt Münster. Um welche Größenordnung handelt es sich. Reicht dies aus, um z.B. eine Divestment-Welle in Gang zu setzen und so eine Abwanderung des Kapitals von den entsprechenden Konzernen zu bewirken?*

**Reiners:** Insgesamt sind es rd. 66,8 Mio. €, wovon 30 Prozent in Fonds investiert sind. Die Größenordnung der Fonds hat jedoch eine geringe Bedeutung. Strahlkraft hat vor allem, dass öffentliches Geld in schmutzigen Geldanlagen investiert wurde und dass das jetzt ein Ende hat. Mittlerweile haben dies auch Städte wie Stuttgart und Berlin verstanden, die dem Münsteraner Modell gefolgt sind. Große Konzerne wie Allianz und Axa bekennen sich öffentlich zum Ausstieg aus CO<sub>2</sub>-Aktien. Die Divestment-Welle ist schon längst in Deutschland angekommen. Und ich bin mir sicher: andere werden dem Münsteraner Weg folgen.

**Langkamp:** Das war ein ganz, ganz wichtiger Beschluss für die Fossil Free Bewegung in Deutschland. Das hat viele Gruppen in Deutschland motiviert und inspiriert und gezeigt, dass Divestment hier in Deutschland als Taktik Sinn macht und funktionieren kann. Es zeigte auch, dass man über ein Divestment von fossilen Brennstoffen hinausgehen kann und es Sinn macht, Atomenergie, Kinderarbeit und andere ethisch oder ökologisch problematische Unternehmen aus dem Portfolio auszuschließen. Das Beispiel Münster prägt außerdem den Antrag in

der Stadt Stuttgart. Der Beschluss reicht meiner Meinung aber nicht aus, um eine Divestment-Welle in Gang zu setzen, weil jeder politische Beschluss eine Kampagnenarbeit von 1 bis 3 Jahren erfordert. Das wird auch nicht reichen, um dem Kapital das Geld abzugraben – dazu ist das Volumen zu gering. Aber mit jeder Divestment-Entscheidung wird ein Imageverlust für die fossile Industrie herbeigeführt, den die Konzerne vermeiden möchten. Wenn den Unternehmen die soziale Akzeptanz entzogen wird, können Staaten mit gesetzgeberischen Maßnahmen Beschlüsse zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Ressourcen verabschieden, z.B. einen Kohleausstieg. Da sind wir auf einem guten Weg.

*Kann eine solche Entscheidung die Investition in Erneuerbare Energien auf kommunaler Ebene beschleunigen?*

**Reiners:** Die Pensionsfonds sind gebildet worden, um wenigstens einen Teil der anstehenden Pensionen für Beamte und Beamtinnen finanzieren zu können. (Wobei die gebildeten Beträge bei weitem nicht ausreichen, um die Pensionsrückstellungen abzudecken. In Münster sind dies beispielsweise fast 300 Mio. €). Die Bevölkerung kann durch die Divestment-Welle sensibilisiert werden, da es nicht egal ist, bei welcher Bank das Geld aufbewahrt wird. Ein aktuelles Finanztest-Ergebnis (10/2016) zeigt, dass nur 10 von 1.000 Banken, sich überhaupt differenzierter mit den Nachhaltigkeits-Kriterien beschäftigen. Es ist unsere Aufgabe das Potential bei den Bürgerinnen und Bürgern zu heben, um Investitionen in Erneuerbare Energien auf kommunaler Ebene zu beschleunigen.

*Welcher Druck kann von Bürgern aufgebaut werden, um viele kommunale Räte in Deutschland zu ähnlichen Beschlüssen zu führen?*

**Langkamp:** Ohne bürgerschaftliches Engagement, ohne die Lokalgruppen in Münster, Stuttgart und Berlin hätte es diese Divestment-Erfolge nicht gegeben. In den Lokalgruppen kommen Engagierte mit vielfältigen Qualifikationen und Verbindungen zusammen und schaffen Wandel von unten. Es gibt bereits 25 Lokalgruppen in Deutschland. Auch erste Bundesländer stehen vor Divestment-Beschlüssen und die Bewegung weitet sich in neue Sektoren aus: Kirchen, Banken, Versicherer, berufsspezifische Versorgungswerke, wie die der Ärzte oder Presse reagieren, dank des öffentlichen Drucks aus der Fossil Free Bewegung.

**Reiners:** Sich in lokalen Fossil-Free-Initiativen einbringen und auf die „Politik“ einwirken. Dabei stehen die Grünen als

ein Garant für die Beschleunigung der Divestment-Welle als Kooperationspartner zur Verfügung. Auf Bundes-, Landesebene und kommunalen Ebenen haben wir (mit) Anträge eingebracht. Nicht immer mit Erfolg. Nur wenn wir gemeinsam alle politischen Möglichkeiten nutzen, können wir die Klimakrise verhindern. Divestment ist eine Möglichkeit!

Das Interview wurde durchgeführt von Harald Nölle, Umweltforum Münster e.V. und Dr. Peter Deininger, DGS-Sektion Münster

#### Link

■ <http://gofossilfree.org/de/kampagnen-in-deutschland-2/>



Foto: privat

Otto Reiners



Foto: Linda Choritz (Uchtigstatten)

Tine Langkamp